



## Aktionsbündnis gegen Zentralklinik schießt klar über das Ziel hinaus!

Das Aktionsbündnis (AB) zum Erhalt der Klinikstandorte Norden und Emden wirft der Norder SPD in öffentlicher Stellungnahme „ahnungsbefreite Parteitreue“ und „gänzliche Uninformiertheit“ vor. Dieses einzig aus dem Grunde, weil die SPD, wie auch die FDP, eine Stellungnahme zum Regionalen Raumordnungsprogramm der städtischen Verwaltung abgelehnt hat.

In dieser Stellungnahme sind Passagen enthalten, die hinsichtlich der Zentralklinik eindeutig parteipolitisch motiviert sind. Die Freien Wähler in Norden (ZoB) haben versucht anderen Parteien ihre Meinung zum Erhalt des Klinikstandortes Norden aufzuzwingen. Dieses ist nicht gelungen. Sehr zum Leidwesen des AB, die nun mit einer verbalen Entgleisung reagiert hat.

Wer sich für die Machbarkeit einer Zentralklinik ausspricht nimmt noch lange nicht in Kauf, dass sich die medizinische Versorgung im Landkreis Aurich und der Stadt Emden verschlechtert. Diese Unterstellung ist infam. Schließlich ist die Idee einer Zentralklinik zum einen aus medizinischer und zum anderen aus wirtschaftlicher Sicht entwickelt worden.

Eine Zentralklinik könnte eine gute medizinische Versorgung der Bevölkerung möglich machen und kleine Abteilungen könnten weiter erhalten bleiben. Durch eine bessere wirtschaftliche Effizienz und das erweiterte medizinische und pflegerische Angebot werden Kosten gesenkt. Eine langfristige Gesundheitsvorsorge auf hohem Niveau der hier lebenden Menschen ließe sich dadurch möglich machen.

Die ambulante und die notärztliche Versorgung bleibt wie bisher in Norden, Aurich und Emden erhalten. Wer etwas anderes behauptet schürt Ängste. Die Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) bleiben ebenfalls an den bisherigen Krankenhausstandorten erhalten. Auch die ambulanten OP-Zentren werden genauso wie die stationären Einheiten für Psychiatrie und Psychosomatik weiterhin vor Ort betrieben. Die Tageskliniken bleiben in Norden und Emden – in Aurich wird eine zusätzliche eingerichtet.

Die Menschen in Ostfriesland benötigen zwingend eine hochqualifizierte medizinische und pflegerische Versorgung. Diese wird zwar an den augenblicklichen Standorten ohne Zweifel geleistet, aber deren Weiterführung mit hohen Verlusten in Höhe von zusammen ca. 15 Mio. € jährlich ist auf Dauer nicht zu leisten.

Dieses könnte früher oder später bedeuten, dass ein Standort geschlossen wird. Welcher es sein wird lässt sich unschwer erahnen. Das Aktionsbündnis riskiert mit seinen Forderungen eine Verschlechterung der medizinischen und pflegerischen Versorgung im Landkreis Aurich und der Stadt Emden zu Lasten der gesundheitlichen Unversehrtheit der hier lebenden Menschen.